

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
196 · Ausgabe AG · September 2021

SP

Auf in den Wahlherbst!

In den nächsten Monaten finden in vielen Gemeinden die kommunalen Wahlen statt. Stadträte, Einwohnerräte, Gemeinderäte und Kommissionen werden neu gewählt. Mit Kandidierenden, die nah an der Bevölkerung politisieren, die gut zuhören können, aber auch ihre Meinung sagen, können wir nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Regionen punkten – heraufbeschworener Stadt-Land-Graben hin oder her. Nun gilt es, die kommenden Abstimmungen – im September über die Ehe für alle und die 99%-Initiative – für den Wahlkampf zu nutzen und Präsenz zu markieren.

In einigen Gemeinden sind die Wahlen bereits vorbei: So etwa in Rheinfelden, wo die SP mit der Grossrats-Co-Fraktionspräsidentin Claudia Rohrer wieder zurück im Stadtrat ist. Oder in Aarburg und Oftringen, wo Rolf Walser und Markus Steiner glanzvoll wieder gewählt wurden. Herzliche Gratulation!

Für den Erfolg unserer Kandidierenden gibt es viele Gründe. Vieles ist aber überall gleich: Die SP-Ortspartei macht sichtbare, engagierte Politik für alle statt für wenige, die Kandidatinnen und Kandidaten haben ein grosses Netzwerk und können entsprechend gut mobilisieren. Herzlichen Dank für euer Engagement und viel Schwung und Erfolg all denjenigen, bei denen der Wahlkampf erst jetzt so richtig beginnt!

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin und Präsidentin der SP Aargau.



50 Jahre Frauen:stimmrecht

Ein Grund zu feiern und einen Blick in die Zukunft zu wagen



Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.

Am 21. August 2021 feierten wir im Kiff in Aarau 50 Jahre Frauen:stimmrecht. Den Auftakt machten unsere Präsidentin Gabriela Suter, sowie die beiden Co-Präsidentinnen der SP Frauen* Aargau Mia Gujer und Elena Flach. Im Anschluss durften wir die Basler Nationalrätin Sarah Wyss begrüßen. Der politische Teil war ein spannendes Podium über die Rechte der Frauen früher und heute. Moderiert von unserer Grossrätin Lelia Hunziker diskutierten Sinem Gökçen, Co-Präsidentin der SP Migrant*innen Aargau, Mia Jenni, Geschäftsleitungsmitglied der JUSO Schweiz, Ursula Mauch, alt Nationalrätin und unsere Nationalrätin Yvonne Feri auf der

Bühne. Natürlich war auch für eine musikalische Unterhaltung gesorgt, und ein Barbetrieb durfte auch nicht fehlen.

Doch auch wenn wir eine schöne Feier erleben durften, müssen wir uns im Klaren sein, dass Gleichstellung noch lange nicht erreicht ist. Zwar dürfen Frauen seit rund 50 Jahren abstimmen, doch sind sie in vielen Fragen weiterhin benachteiligt: Lohnungleichheit, unbezahlte Care-Arbeit und der Mangel an Frauen in Führungspositionen sind nur einige Beispiele. Deshalb gilt es auch weiterhin für die Gleichstellung zu kämpfen. Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir für dieses wichtige Anliegen eintreten. Packen wir es an!

KOMMENTAR



Seit 50 Jahren eine Demokratie!

Seit 50 Jahren sind wir eine Demokratie. Seit 50 Jahren können alle erwachsenen Menschen wählen, abstimmen und sich in ein Amt wählen lassen, unabhängig vom Geschlecht. Unsere Regeln sind nicht perfekt. Es gibt beispielsweise keine Regeln zur Finanzierung der Parteien und der Abstimmungskampagnen. Im Grossen Rat arbeiten wir immer wieder daran, unsere Demokratie zu verändern. Aktuell sollen die Hürden für die Initiativen und Referenden auf Gemeindeebene liberaler gestaltet werden. In vielen Gemeinden beteiligen sich jedoch immer weniger Menschen an der Gemeindeversammlung. Wenn nur 1 Prozent der Stimmberechtigten anwesend ist, ist dieser Entscheid dann noch demokratisch legitimiert? Ist es dann gerechtfertigt, dass für ein Referendum ein Zehntel oder neu 5 Prozent der Stimmberechtigten sich äussern sollen? Braucht es ein Quorum, damit der Entscheid der Gemeindeversammlung endgültig werden kann? Ist die Gemeindeversammlung noch zeitgemäss? Alles Fragen, die sich nicht leicht beantworten lassen und die wir als Gesellschaft wohl immer wieder diskutieren müssen. Denn die Gemeindeversammlung ist gleichzeitig auch der Kern unserer Demokratie. Was sich leichter ändern lässt, sind die veralteten Bezeichnungen. Die Bezeichnungen Ammann und Frau Vizeammann sind nicht mehr zeitgemäss. Bereits heute können die einzelnen Gemeinden die Bezeichnungen im Alltag ändern, aber die Bezeichnung für die Wahlen ist in der Verfassung vorgegeben. Nach 50 Jahren Demokratie werden einige Frauen fraktionsübergreifend die Forderung stellen, dass in unserer Verfassung die veralteten Bezeichnungen geändert werden. Es mag nur eine sprachliche Änderung sein, aber die Sprache gestaltet unseren Alltag, auch den politischen Alltag.

Claudia Rohrer von Rheinfelden ist als SP-Grossrätin Fraktions-Copräsidentin und gewählte Stadträtin.

Integration – für uns alle

IN MEINEM NEUEN AMT KONNTE ICH BEREITS EINIGE GRÖßERE VORHABEN AN DIE HAND NEHMEN UND ABSCHLIESSEN. DAZU GEHÖRT VOR ALLEM DIE VERLÄNGERUNG DES KANTONALEN INTEGRATIONSPROGRAMMS (KIP), DIE DER GROSSE RAT NOCH KURZ VOR DEN SOMMERFERIEN BESCHLOSSEN HAT.



Dieter Egli
von Windisch
ist Aargauer
SP-Regierungsrat.

Mit diesem Programm finanzieren der Bund und der Kanton gemeinsam die Integrationsaktivitäten, die vorwiegend in den Gemeinden und auch von vielen Freiwilligen geleistet werden. Die Gemeinden spielen eine Schlüsselrolle, ohne sie würde es nicht gehen. So gibt es bereits 6 Regionale Integrationsfachstellen (RIF), denen sich rund 60 Gemeinden angeschlossen haben. Ziel ist, dieses Engagement in den Gemeinden noch zu verstärken: Einerseits sollen neue, weitere RIF geschaffen werden, andererseits sollen neue Gemeinden für einen Anschluss an eine RIF gewonnen werden.

Die Angebote betreffen natürlich vor allem die Sprache, die der wichtigste Faktor für eine schnelle Integration ist. Dass die Angebote niederschwellig vor Ort in den Regionen stattfinden, ist wichtig. Denn Integration soll dort passieren, wo wir alle uns in die Gesellschaft integrieren: in der Gemeinde, in den Schulen, in den Vereinen – also wenn immer möglich in den Regelstrukturen. Das stellen die RIF sicher. Die Anlaufstelle Integration Aargau (AIA) unterstützt sie mit Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Mit «Integration» ist aber mehr gemeint als die soziale Integration im engeren Sinne:

Es geht auch um Integration in den Arbeitsmarkt. Dies ist denn auch der inhaltliche Fokus, den das KIP setzt: Jugendliche, die im fortgeschrittenen Alter in die Schweiz einwandern, haben oft Mühe, den beruflichen Anschluss zu finden – nicht weil sie ungenügend ausgebildet wären, sondern vor allem wegen sprachlicher Hürden. Diese Jugendlichen wollen wir unter allen Umständen in eine Sekundär-II-Ausbildung, meistens eine Lehre, bringen. Dies ist nicht nur für die Betroffenen das Beste, sondern auch für unseren Arbeitsmarkt, dem es mehr und mehr an ausgebildeten Berufsleuten mangelt.

Bei der Integration geht es also darum, das Potenzial zu nutzen, das Migrantinnen und Migranten mitbringen. So nützt Integration allen: den Betroffenen selbst, der Gesellschaft – also uns allen – und der Wirtschaft. Das hat auch das Parlament erkannt und dem Kredit für die Verlängerung zugestimmt. Mit diesem Geld finanziert der Kanton nicht die Integration im Asylbereich, die der Bund vollumfänglich übernimmt. Vielmehr geht es um alle anderen Menschen, die im Rahmen von Familiennachzug oder Arbeitsmigration in die Schweiz kommen. Das sind über 90 Prozent der Betroffenen. Das aktuelle KIP 2, das von 2019–2021 konzipiert war, wird nun also bis 2023 verlängert.

Neben Kritik im Parlament gab es auch einen Antrag, mehr Mittel für die Integration zu verwenden. Natürlich gibt es noch Aspekte wie zum Beispiel die frühe Förderung, die noch forciert werden könnte. Dies wird im Rahmen der Erarbeitung des nächsten Programms KIP 3 zu prüfen sein, die schon bald angegangen wird.

Klimaschutz ist dringender denn je!

BEI DER KLIMAKRISE GEHT ES NICHT «NUR» UMS KLIMA. ES GEHT DARUM, OB WEITE TEILE DER ERDE LANGFRISTIG BEWOHNBAR BLEIBEN.

Der neuste Bericht des UNO-Weltklimarats zeigt, dass die Erderwärmung um 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit wohl bereits in 20 Jahren überschritten wird. Welche Auswirkungen dies im Aargau haben wird, können wir nur erahnen. Sicher ist: Starkregen und Hochwasser, gefolgt von Perioden extremer Trockenheit, werden bald die Regel sein.

Dezidiertes Handeln ist nun gefragt! Es reicht nicht, wenn wir unsere Treibhausgas-Emissionen ein wenig senken. Wir schaffen es nur, das Klima zu stabilisieren, wenn wir weltweit alle unsere Emissionen auf Netto Null bringen – und das so schnell wie möglich. Appelle an die Eigenverantwortung genügen nicht, es braucht staatliche Interventionen auf allen Ebenen. Die Vergangenheit zeigt, dass politisches Handeln im Umweltbereich immer erfolgreich war, wenn Vorgaben erlassen und Investitionen getätigt wurden. So haben wir die Problematik der vergifteten, schäumenden Flüsse der fünfziger Jahre mit staatlichen Investitionen in Kläranlagen und dem Phosphatverbot in den Griff bekommen. Genauso müssen wir auch beim Klimaschutz vorgehen. Es braucht Regulierungen und staatliche Investitionen in den Klimaschutz, genauso, wie der Staat in die Bildung und die Sicherheit investiert. Klimaschutz ist nicht kostenlos zu haben. Eines ist aber klar: Nichts zu tun, kommt auf jeden Fall teurer.

Was kann der Aargau tun?

Das kantonale Energiegesetz muss dringend revidiert werden. Es braucht Vorschriften zum Heizungsersatz und finanzielle Unterstützung dafür. Bei der Förderung von Gebäudesanierungen setzt die Klimaschutzinitiative an, zu der momentan ein Gegenvorschlag ausgearbeitet wird. Wichtig ist, dass der Fokus des Förderprogramms auf

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin und Präsidentin der SP Aargau.



den Ersatz von Öl- und Gasheizungen gelegt wird. Im Verkehrsbereich sind der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Aufbau eines E-Tankstellennetzes zentral. Auch beim Finanzplatz gibt es Möglichkeiten: Der Kanton kann seine eigenen Geldanlagen und diejenigen der AKB und der Aargauischen Pensionskasse fossilfrei machen. Die Zementindustrie und die Kehrrechtverbrennungsanlagen emittieren besonders viel CO₂. Hier könnte der Aargau die Entwicklungen zur CO₂-Abscheidung vorantreiben und sich als Technologiekanton profilieren. Und schliesslich: In der fossilfreien Zukunft wird viel Strom benötigt. Es braucht deshalb einen Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion. Der Kanton muss in die Solaroffensive und muss auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit auf möglichst vielen Dächern und versiegelten Flächen im Aargau Strom produziert und das Solarpotenzial ausgeschöpft wird.

Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes stehen die Kantone besonders in der Pflicht, wirksame Massnahmen zu beschliessen. Der Aargauer Regierungsrat hat vor den Sommerferien den «Klimakompass» als ersten Teil seiner Klimastrategie präsentiert. Es fehlt allerdings ein konkreter Massnahmenplan. Dieser soll bis Ende Jahr nachgereicht werden. Geplant ist auch ein runder Tisch mit allen Parteien, an dem wir unsere Vorschläge einbringen werden.

KOMMENTAR



Sommer, Sonne, Solidarität: Das Fest der Solidarität ist wieder da!

Politik geht bekanntlich über die Ohren, den Magen und die Geselligkeit. Genau darum wurde vor drei Jahren das Fest der Solidarität lanciert. Nach nur zweimaliger Durchführung hat das Fest im Arbeiterstrandbad in Tennwil schon fast Kultstatus. Leider fiel es im vergangenen Sommer der Pandemie zum Opfer. Am vergangenen 14. August nun luden der Aargauische Gewerkschaftsbund, die SP, die JUSO, die Naturfreunde und die Stiftung Arbeiterstrandbad wieder zum Fest ein. Als Hauptprogramm nebst musikalischer Unterhaltung von Blue's Tinus Triple Trouble, Bar- und Grillbetrieb fungierten Juso-Präsidentin Ronja Jansen und SP Co-Präsidentin Mattea Meyer als Rednerinnen.

Im Fokus der Reden stand einerseits die Pandemie, aber auch der Solidaritätsgedanke. So prangerte Meyer die ungleiche Verteilung der weltweit hergestellten Impfstoffe an. Den Fakt, dass rund 80 Prozent der Produktion an reiche Länder ausgeliefert wird, obwohl diese weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, sei «unglaublich».

Als nächstes nahm sie die AHV21-Reform ins Visier. «Seit 20 Jahren wurde keine AHV-Reform, welche das Frauenrentenalter erhöht hätte, angenommen. Ich bin zuversichtlich, dass auch diese gebodigt wird.» Juso-Präsidentin Ronja Jansen hielt fest, dass von der viel beschworenen Solidarität anfangs der Pandemie nicht mehr viel übrig ist. «Der Profit der Reichen ist wieder mal wichtiger als Menschenleben», meinte sie und schlug so den Bogen zur 99 %-Initiative, die am 26. September zur Abstimmung kommt.

Roman Hostettler von Aarau ist Sekretär des Aargauischen Gewerkschaftsbunds.

Personalentwicklung in der SP Aargau

DIE GESCHÄFTSLEITUNG DER SP AARGAU HAT IM SOMMER 2020 EINE ARBEITSGRUPPE ZUR ENTWICKLUNG EINES PERSONALENTWICKLUNGSKONZEPTS FÜR UNSERE PARTEI EINGESETZT. MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE SIND GABRIELA SUTER, KATHRIN SCHOLL, DENISE WIDMER, CHRISTIAN OBERHOLZER UND ICH.



Andreas von Gunten von Kölliken ist SP-Gemeinderat.

Mit einem Konzept zur Personalentwicklung will die Geschäftsleitung den Akteurinnen und Akteuren in unserer Partei ein Instrumentarium zur Verfügung stellen, welches in den verschiedenen Phasen und Situationen im Rahmen der Förderung von politischen Entwicklungen und Karrieren beigezogen werden kann. Wir alle wissen, dass es nicht immer einfach ist, genügend Kandidierende für die Besetzung der politischen Ämter in den Gemeinden und Bezirken zu finden. Gerade die politische Arbeit im Lokalen wird nicht immer als attraktiv wahrgenommen, oder es ist zu wenig klar, was diese Arbeit eigentlich beinhaltet und wie sie funktioniert. Mit zielgerichteten kommunikativen Mass-

nahmen sollte es aber möglich sein, mehr Menschen für den Einsatz in unseren demokratischen Institutionen zu begeistern.

Gleichzeitig gilt es auch festzuhalten, dass nicht jede politische Karriere denselben klassischen Weg durch die verschiedenen Ebenen unseres Staatswesens, manchmal auch etwas despektierlich «Ochsentour» genannt, durchlaufen muss. Es ist auch möglich, als Quereinsteigerin direkt auf kantonal oder gar nationaler Ebene gewählt zu werden. Doch gerade auch in diesen Fällen kann es einen grossen Unterschied machen, ob eine professionelle Begleitung durch die Parteiorgane stattfindet oder nicht.

Eine bedeutungsvolle Funktion im Rahmen der Personalentwicklung haben die Sektionen und Bezirke sowie unsere Untergruppen Juso, SP Migrant:innen, SP Frauen und die SP 60+. Sie haben den intensivsten Kontakt zu ihren Mitgliedern und Sympathisant:innen und können darum einerseits als erste Anlaufstelle und andererseits als Informationsquelle wichtige Impulse für potenzielle zukünftige Amtsträger:innen geben.

Ende Mai haben wir Euch zum Mitmachen bei einer Mitgliederbefragung zum Thema Personalentwicklung eingeladen, und Ihr habt rege daran teilgenommen. Ein grosses Dankeschön an alle, die mitgemacht haben! Wir haben in der Arbeitsgruppe eine erste Auswertung vorgenommen und werden die Erkenntnisse daraus in die weitere Arbeit am Konzept einfließen lassen. Weiterhin werden als nächstes die Vorstände der Untergruppen von uns kontaktiert, um weitere Anregungen für das Konzeptpapier aufnehmen zu können.

Der derzeitige Zeitplan sieht vor, dass das Papier in einer ersten Version an der Präsidienkonferenz vom 16. November 2021 verabschiedet wird. Es handelt sich dabei um ein Arbeitsinstrument, das laufend durch die neuen Erkenntnisse und Ergebnisse aus dem Einsatz in der Praxis ergänzt und angepasst werden wird.

Falls ihr schon jetzt Anregungen oder Ideen diskutieren oder mitteilen möchte, könnt Ihr Euch jederzeit an eines unserer Arbeitsgruppen-Mitglieder wenden.



INFORMATION FÜR DEUTSCHE STAATSANGEHÖRIGE IN DER SCHWEIZ Deine Stimme bei der Bundestagswahl 2021



Option 1: Ich bin noch in Deutschland gemeldet.

Deine Wahlunterlagen werden an deine Meldeadresse geschickt. Mit diesen kannst du die Briefwahlunterlagen auch an eine Adresse in der Schweiz beantragen. Viele Gemeinden ermöglichen den Briefwahlantrag auch online.

Option 2: Ich habe vor weniger als 25 Jahren in Deutschland gelebt.

Wenn Du nach deinem 14. Geburtstag mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gelebt hast und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt, bist du wahlberechtigt. Du wählst in der Regel im Wahlkreis deines letzten Wohnorts in Deutschland per Brief-

wahl. Das ist nicht online möglich. Du musst für jede Wahl rechtzeitig das Antragsformular zur Eintragung in das Wählerverzeichnis von www.bundeswahlleiter.de herunterladen, ausfüllen, und an die Verwaltung deines letzten Wohnorts schicken (z. B. «Rathaus, Stadt Wuppertal»).

Von dort werden dir frühestens sechs Wochen vor der Wahl die Briefwahlunterlagen zugesandt. Sendet diese dann möglichst bald zurück – rechnet mit Tempo «Schneckenpost», um sicherzugehen.

Fristen

Spätestens bis **Ende August** verschickst du den Antrag zur Eintragung ins Wählerverzeichnis. Das kannst du aber auch jetzt schon machen!

5. September: Der Antrag zur Eintragung ins Wählerverzeichnis muss bei der Stadt oder Gemeinde eingegangen sein.

26. September: Bundestagswahl! Die Briefwahlunterlagen müssen bei der Stadt oder Gemeinde eingegangen sein. Bitte hinreichend frankieren.



Weitere Auskünfte erteilt Julia Hoppe julia.hoppe@sp-aargau.ch

Nein zur Steuer- gesetzrevision

ES IST NOCH KEINE ZWEI JAHRE HER SEIT DER LETZTEN STEUERGESETZREVISION, DIE ALS AUSGEWOGENE LÖSUNG ANGEPIESEN WURDE. AUF DIE REDUKTION DES STEUERTARIFS FÜR UNTERNEHMEN WURDE WEGEN DER ZAHLEICHEN ANDEREN VERBESSERUNGEN DER STEUERBERECHNUNG FÜR UNTERNEHMEN VERZICHTET. DER KANTON AARGAU STEHT DAMIT IM INTERKANTONALEN VERGLEICH GUT DA. FINANZDIREKTOR MARKUS DIETH ÄUSSERTE SICH DAMALS DEUTLICH: «TARIFSENKUNGEN ÜBER MEHRERE PROZENTE SIND FÜR DEN KANTON AARGAU ZURZEIT NICHT MÖGLICH.»



Arsène Perroud
von Wohlen ist
Gemeindevorsteher
und SP-Grossrat.

Wer hat, dem wird gegeben

Zwei Jahre später ist nun scheinbar alles anders. Das revidierte Steuergesetz war noch nicht in Kraft, da wurde im Grossen Rat der Antrag auf Senkung der Unternehmensbesteuerung von heute 18,6 Prozent auf 15,1 Prozent für die gewinnstarken Unternehmen für Gewinne ab 250 000 Franken gestellt.

Der Kanton geht davon aus, dass die Steuerensenkung etliche gewinnstarke Unternehmen in den Aargau lockt, deren Steuereinnahmen die Ausfälle kompensieren sollen, die sogenannten dynamischen Effekte. Die Erfahrungen anderer Kantone zeigen aber, dass diese Effekte nicht eintreffen werden. In der gesamten Vorlage legt der Regierungsrat nirgends dar, wie diese Prognosen zustande kamen. Das ist fahrlässig und unseriös.

Mit der Reduktion der Gewinnsteuertarife ergeben sich Mindererträge bis ins Jahr 2030 von gesamthaft über 1 Milliarde. Dabei sind die unbelegten und unsicheren dynamischen Effekte miteingerechnet. Das wird Spuren hinterlassen, auch wenn die Finanzlage des Kantons momentan gut ist. Die Gemeinden tragen die Hälfte der Ausfälle. Jährlich sind das über 42 Millionen. Als einziges Instrument bleibt ihnen ein Leistungsabbau oder eine Steuererhöhung für die natürlichen Personen. Die Vorlage entlastet weder KMU noch Unternehmen, welche unter Corona gelitten haben, sondern nur diejenige Unternehmen, die riesige Gewinne ausweisen.

Den Bürger*innen bringt es nichts, die Gemeinden bluten

Als zweite Forderung ist die Erhöhung der Pauschalabzüge für Versicherungs- und Krankenkassenprämien vorgesehen. Dieser Abzug entlastet nur die Gutverdienenden merklich. Die Entlastung der tiefen Einkommen ist in Franken marginal. Wenn das bürgerliche Parlament tatsächlich etwas zur Entlastung der Familien und des Mittelstands aufgrund der steigenden Krankenkassenprämien tun wollte – und das ist die formulierte Absicht – dann müssten die Prämienverbilligungen aufgestockt werden. Damit werden konkret diejenigen entlastet, welche es tatsächlich nötig haben. Die Erhöhung des Pauschalabzugs belastet die Gemeinden mit jährlich mindestens 42 Millionen Franken.

Mit der vorliegenden Revision werden die Gemeinden massive Steuereinnahmen haben. Die Gemeindevorsteher haben sich klar gegen die Erhöhung des Pauschalabzugs und gegen die Senkung der Unternehmenssteuertarife ausgesprochen, sofern es keine nachhaltige Gegenfinanzierung gibt. Die vorgesehene Teilentlastung der Gemeinden durch Kantonsgelder in den ersten vier Jahren ist in keiner Art und Weise nachhaltig. Die Mindererträge werden auf Kantons- und vor allem auf Gemeindeebene zwangsläufig zu Abbaumassnahmen und Steuererhöhungen führen.

Der Regierungsrat sieht vor, die Steuergesetzrevision bereits per 1. Januar 2022 in Kraft zu setzen. Die zweite Beratung im Grossen Rat ist im Dezember 2021 vorgesehen, eine allfällige Volksabstimmung kann erst im Jahr 2022 stattfinden. Eine rückwirkende Einführung verhindert Planungssicherheit für Gemeinden und Kanton.

Gegen diese Steuergesetzrevision müssen wir uns wehren. Im Parlament und spätestens an der Urne.

KOMMENTAR



VERANSTALTUNG «LANGZEITPFLEGE IM ALTER»

Gespräch mit Regula Dell'Anno- Doppler und Alexandra Heilbronner

Am Dienstag, 14. September 2021 um 19.30 Uhr, findet im Royal Baden die erste Generalversammlung von SP 60+ statt. Nach den statutarischen Traktanden wird das Thema «Langzeitpflege im Alter» näher beleuchtet. Das Einführungsreferat hält Regula Dell'Anno-Doppler, Frau Vizeamman und Ressortvorsteherin Gesundheit und Soziales in Baden. Im Rahmen dieses Mandates ist sie Verwaltungsratspräsidentin der beiden Institutionen der Langzeitpflege in Baden, dem Regionalen Pflegezentrum und dem Kehl. Für das Hauptreferat konnte Alexandra Heilbronner, Direktorin im Reusspark, Zentrum für Pflege und Betreuung, Niederwil, gewonnen werden. Seit Januar 2021 ist Alexandra Heilbronner als Nachfolgerin von Thomas Peterhans im Reusspark (Gnadenthal) die leitende Person. Zudem ist sie im Stiftungsrat des Spitals Muri AG und als Dozentin am Kantonsspital St. Gallen tätig. Sie weiss sicher aus dem Vollen zu schöpfen. Wir sind gespannt. Nach dem Referat ist eine Diskussion zum Thema geplant.

Marie-Louise Nussbaumer von Nussbaumen
ist Vorstandsmitglied bei SP 60+.

KOMMENTAR



Weil es genug Ehe für alle hat

Es ist eine banale Frage, die sich hier der Stimmbevölkerung stellt, es geht um eine kleine Gesetzesänderung im ZGB, über die wir im September abstimmen müssen. Eine, bei der es fraglich ist, ob es diese denn wirklich braucht, denn die Bundesverfassung schützt das Grundrecht auf Ehe, ohne Geschlechter zu definieren, und auch im Gesetz ist kein Verbot der Ehe zwischen Menschen gleichen Geschlechts zu finden. Doch die Schweiz tat sich lange schwer damit, das Grundrecht auf Eheschliessung auch auf gleichgeschlechtliche Paare auszuweiten. Im Parlament wurde lange debattiert, die Entscheide wurden verschoben und jahrelang nahezu verschleppt. Sollen Homosexuelle normal heiraten können, also wirklich? Nach sieben langen Jahren haben sich Ende 2020 beide Kammern dazu durchgerungen, die Ehe ohne Abstriche auch für gleichgeschlechtliche Paare auszuweiten. Bald aber war das Referendum ergriffen, und im Herbst muss nun das Volk über diese Selbstverständlichkeit befinden.

Mit dem im Jahr 2005 angenommenen Partnerschaftsgesetz galt die Schweiz lange als Vorreiterin bei der rechtlichen Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Obwohl mit diesem Gesetz vielen homosexuellen Paaren wichtige Rechte verwehrt bleiben, betrachtete man die Einführung der eingetragenen Partnerschaft damals als klaren Fortschritt. Auch wenn es sich nur um etwas «Eheähnliches» handelte. Seither ist auf der Welt viel passiert. Während mittlerweile in allen westlichen Ländern, und darüber hinaus, gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen, ist die Schweiz beim Partnerschaftsgesetz stehen geblieben und führt wie so oft ein Inseldasein. Es ist Zeit, dies zu ändern mit einem klaren Ja zur Ehe für alle am 26. September 2021.

Silvia Dell'Aquila von Aarau ist SP-Grossrätin.

ABSTIMMUNG VOM 26. SEPTEMBER 2021: EHE FÜR ALLE

Ist ein «Ja» zur Vorlage wirklich selbstverständlich? Da bin ich mir nicht ganz sicher

DIE SCHWEIZ MACHT IM ERWÄHNTEN GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN BEREICH SO ALLE ZWEI JAHRZEHNTE MAL EINEN SPRUNG NACH VORNE. SIE WIRD AUF EINEN SCHLAG FÜHREND, DAFÜR DANN BEWUNDERT UND STEHT WEIT VORNE. UND DANN BLEIBT SIE DORT STEHEN. UND WARTET. WIRD VON TIEF-KATHOLISCHEN LÄNDERN WIE SPANIEN UND IRLAND SANG- UND KLANGLOS ÜBERHOLT. KOMMT ES AM 26. SEPTEMBER WIEDER ZU EINEM SPRUNG? ODER – WENN ES KLAPPT – IM EUROPÄISCHEN RAHMEN EHER ZU EINEM «BLOSSEN NACHZIEHEN»?



Marco Hardmeier von Aarau war SP-Grossrat, SP-Kantonalpräsident und Grossratspräsident 2016.

Neuerdings gibt es zu fast allem «alternative Fakten». Ehemalige amerikanische Präsidenten und auch die Social-Media-Bubbles im Corona-Bereich lassen grüssen. Niemand weiss so recht, was dort so alles geschwafelt wird.

Lasst mich zu Beginn ein paar Dinge klarstellen

«Es geht um eine Besserstellung und Bevorzugung – «DIE» wollen wieder mal mehr.»

FALSCH. Denn aktuell findet eine Ungleichbehandlung statt. Gleichgeschlechtlich Liebende – und auch ihre Kinder – sind in der Schweiz nicht gleichgestellt, weil sie nicht heiraten können und ihnen somit wichtige Rechte verwehrt bleiben. Obwohl die Bundesverfassung das Recht auf Heirat und Familie garantiert und jegliche Diskriminierung aufgrund der Lebensform verbietet.

«Es gibt ja schon die eingetragene Partnerschaft – das reicht doch vollkommen aus.»

FALSCH. Die eingetragene Partnerschaft (seit 2007 in Kraft) ist KEIN Ersatz für die Ehe. In vielen wichtigen Bereichen wie bei der Einbürgerung, beim Adoptionsverbot (die 2018 eingeführte «Stiefkindadoption» ist auch eher ein Murks), beim Schutz der Familie oder bei der Witwen- und Witwenrente

gibt's deutlich weniger Rechte. Ich darf mich zwar regelmässig als «in eingetragener Partnerschaft» outen, weil ich manchmal solche Angaben machen muss. Jedoch genieße ich in Steuerfragen oder bezüglich AHV die gleichen Nachteile wie Verheiratete – jedoch halt eben ohne die gleichen Rechte.

«Das Ganze ist doch reine Salami-taktik. Bald geht's um die Leihmutter-schaft.»

FALSCH. Rechtsgleichheit ist doch wohl keine Salami-taktik, sie steht jedem Menschen unabhängig von seiner Lebensform zu (Art. 8 Abs. 2 unserer Bundesverfassung). Und nochmals **FALSCH.** Die Leihmutter-schaft ist in der Schweiz für alle Personen verboten, so steht's ebenfalls in der Verfassung (Art. 119 Abs. 2 Bst. d). Punkt.

Und zum Schluss noch ein paar Anekdoten:

Ich mag mich noch gut an die entwürdigenden Diskussionen innerhalb meiner Partei erinnern: «Adoption? Sicher nicht, die armen Kinder». «Schwule Pinguine» am ausserordentlichen Parteitag 2005 im KuK-Untergeschoss in Aarau. Offizielle Nomination von offen homophoben Mitgliedern auf die Nationalratsliste. Es waren viele anwesend, und die Protokolle gibt's ja auch noch. Klar, jede:r darf seine Meinung haben, dafür trete ich nach wie vor ein. Jedoch sollten wir auf das Abwerten von Mitmenschen aufgrund ihrer Lebensweise nun endlich verzichten. Und zwar nicht nur vordergründig, sondern auch hinter der «schönen, offenen Fassade» in unserer eigenen, meiner Partei. Ich habe es selbst zur Genüge und bis vor kurzem immer wieder erlebt – es reicht nun. Das «JA» muss klar und eindeutig sein am 26. September. Dafür werbe ich. Und ich bitte um Deine Unterstützung. Danke.

DANKE, Sascha!

SASCHA ANTENEN IST SICHERLICH ALLEN IN DER SP AARGAU EIN BEGRIFF. SEI ES FÜR DIE MITGLIEDER ALS ZUVERLÄSSIGER ANSPRECHPARTNER IN SACHEN KAMPAGNEN, FÜR DIE GESCHÄFTSLEITUNG DER STRIKTE HERRSCHER ÜBER DIE FINANZEN ODER FÜR DIE SEKTIONSPRÄSIDIEN, DIE ABENDS SPÄT NOCH EINE MAIL ODER EINEN ANRUF VON IHM BEKOMMEN, WANN DENN MIT DEN DATEN FÜR DIE NÄCHSTE STANDAKTION ZU RECHNEN IST. GERN GESEHEN IST ER AUCH HINTER DER BAR AN DIVERSEN FESTEN UND ANLÄSSEN, DAS IST ABER EIN ANDERES THEMA. IN EINEM WIRD MAN SICH EINIG SEIN, SASCHA HAT STETS ALLES FÜR DIE PARTEI GETAN UND WAR TAG UND NACHT ZUR STELLE!



Für das Sekretariat
Julia Hoppe

Sascha ist ein Allrounder. Überall einsatzbereit. Nicht nur strategisch und pointiert links, sondern auch mit viel Witz und Charme gewinnt er die Menschen für sich und die sozialdemokratischen Anliegen. Was weniger Spass macht, sind IT-Sachen. Aber Sascha kennt immer die Lösung.

Unser Kampagnenleiter: Im Kanton Aargau mit der SP Abstimmungen zu gewinnen, ist eine Herausforderung, der er sich immer wieder mutig gestellt hat. Ebenso bei den Regierungs- und Ständeratswahlen. Wir konnten gemeinsame Siege feiern, mussten aber auch Niederlagen einstecken. Egal, wie es ausging, Sascha behielt einen kühlen Kopf und hatte meist schon Plan B, C, D im Hin-

terkopf, um das Anliegen auf einer anderen Ebene zu positionieren. Durch die Erfahrungen als ehemaliger JUSO-Präsident ist Sascha sattelfest in Sachen Initiativen. Und er ist ein ausgezeichnete Referent, der auch komplexe Botschaften erklären und seinen Mitmenschen nahebringen kann.

Sascha ist und bleibt ein geschätzter Kollege im Aarauer Volkshaus. Ab September wird er einer neuen Aufgabe bei der Jungwacht und Blauring als Fachverantwortlicher im Bereich Marketing, Fundraising & Kommunikation nachgehen. Sein zweites grosses, langjähriges Engagement neben der Politik. Sascha ist vielfältig, ebenso wie es der Job als Politischer Sekretär ist. Wahrscheinlich hat es gerade deshalb die letzten 6,5 Jahre so gut gepasst.

Wir wünschen dir, Sascha, alles erdenklich Gute für deinen weiteren beruflichen Werdegang und freuen uns schon jetzt auf spontane Besuche im Volkshaus. Hier wartet immer ein Kaffee auf dich, und Freund:innen, die dich im Arbeitsalltag schmerzlich vermissen werden.



«Ob Telefonaktionen, Parteitag oder Wahlkämpfe – Sascha war stets präsent, zu einem Spass aufgelegt, aber auch hartnäckig, wenn es um die Einhaltung von Budgetzahlen ging – manchmal etwas chaotisch, aber immer aufmerksam und freundlich. Alles Gute, lieber Sascha!»

Yvonne Feri

«An seiner Arbeit schätzte ich stets seine Sattelfestigkeit in statutarischen und reglementarischen Belangen. Er wusste oft unsere strategischen Entscheidungen oder Anträge am Parteitag auf deren Korrektheit zu beurteilen.»

Rolf Schmid

«Wenn was zu erledigen war, sagtest du stets: ALLES KLAR! Wissend, mit verschmitztem Blick, tatest du's mit viel Geschick und packtest alle deine Kräfte ins Führen der Parteigeschäfte. Wir danken dir für all das Viele und wünschen Glück für neue Ziele.»

Claudia Rohrer und Colette Basler

«Gerne werde ich mich an die Dispute ZWISCHEN TÜR UND ANGEL über die richtigen Strategien bei Wahl- und an deren Kämpfen erinnern. Insbesondere über die Frage, inwieweit Inserate in gedruckten Zeitungen in der heutigen digitalen Zeit noch sinnvoll seien. Noch bin ich anderer Meinung ...»

Renato Mazzocco

«Sascha hat die SP Aargau digitalisiert. Dank seinem technischen Know-How und seiner Flexibilität waren wir eine der ersten Kantonalparteien überhaupt, die während der Coronazeit einen digitalen Parteitag durchgeführt haben. Auch die erste schriftliche Nomination in der Geschichte unserer Partei ist massgeblich ihm zu verdanken. Merci für alles, Sascha!»

Gabriela Suter

«Es wäre sicherlich unfair, Sascha auf das viele Bier zu reduzieren, das wir zusammen gekippt haben, aber es kommt mir eben doch zuerst in den Sinn. Das aber im Guten: Sascha wusste immer, dass Politik eben viel mit Menschlichkeit und Geselligkeit zu tun hat. Das macht neben seiner organisatorischen Präzision seine Stärke aus. Ich wünsche nur das Beste für die Zukunft – bis zum nächsten Bier!»

Cédric Wermuth

«Ich schätzte an der Zusammenarbeit mit Sascha unsere Streitkultur, ... denn am Schluss gewann sowieso immer ich. Sascha, alles Gute bei der jubla – sicher auch eine spannende Arbeitgeberin.»

Elisabeth Burgener

«Vielen Dank, Sascha, für deine langjährige Arbeit im SP-Sekretariat. Als versierter Kampagnen-Mensch hast du eine gute Spürnase für die guten Themen und für das Machbare. Davon haben wir oft profitieren können. Dein Engagement für die Sache habe ich immer sehr geschätzt – gerade auch dann, wenn wir nicht gleicher Meinung waren ... Unsere Streitgespräche werde ich vermissen!»

Dieter Egli

99%-INITIATIVE

Wer hat Angst vor dieser Initiative?

TROTZ ANGSTKAMPAGNE DER RECHTEN PARTEIEN UND WIRTSCHAFTSVERBÄNDE HABEN 45 PROZENT DER STIMMBEVÖLKERUNG VOR, DIE 99%-INITIATIVE ANZUNEHMEN. DIE JUSO IST ÜBERZEUGT, DASS DAS RENNEN DAMIT OFFEN BLEIBT. DIE JUNGPARTEI IST OPTIMISTISCH, DASS DER JA-ANTEIL IN DEN KOMMENDEN WOCHEN NOCH GESTEIGERT WERDEN KANN.



Ronja Jansen von Frenkendorf ist Präsidentin der JUSO Schweiz.

Die Umfrage der ersten Welle von 20Minuten/Tamedia zeigt für die 99%-Initiative ein offenes Rennen. Obwohl die Gegner*innen seit Wochen Ängste schüren, haben aktuell 45 Prozent der Stimmberechtigten vor, die 99%-Initiative anzunehmen, 6 Prozent sind noch unentschieden.

Die Initiative findet aktuell bei jungen Menschen, Frauen, der Westschweiz und den Städten eine Mehrheit. Der Ausgang der Abstimmung ist somit noch nicht abschätzbar. Die Jungsozialist*innen zeigen sich nach dieser ersten Prognose optimistisch. «Trotz

millionenschwerer Gegenkampagne wollen bisher 45 Prozent der Stimmbevölkerung die Initiative annehmen», meine ich als Präsidentin der JUSO Schweiz. Wenn wir in den folgenden Wochen klar machen können, dass die breite Bevölkerung davon profitiert, kann der Ja-Anteil noch steigen! Die JUSO ist überzeugt, dass dieser Abstimmungskampf noch nicht entschieden ist.

In den kommenden Wochen wird die JUSO ihre Kampagne intensiv weiterführen, welche mehrheitlich auf Freiwilligenarbeit beruht.

Weiter im Fokus steht dabei, dass die 99 Prozent der Bevölkerung täglich arbeiten gehen müssen und das reichste 1 Prozent sich von dieser Arbeit seine Kapitaleinkommen auszahlen lässt. Mit der 99%-Initiative soll den 99 Prozent ein Teil dessen zurückgegeben werden, was sie erarbeitet haben. Wir wollen mehr Gerechtigkeit für die 99 Prozent, denn Geld arbeitet nicht, Menschen arbeiten.

ABSTIMMUNGEN VOM 26. SEPTEMBER 2021 – PAROLEN DER SP AARGAU

Eidgenössische Abstimmungen:

- Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»(99%-Initiative): **Ja**
- Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle): **Ja**

Kanton: Auf kantonaler Ebene gelangen keine Vorlagen zur Abstimmung.

ABSTIMMUNGEN VOM 28. NOVEMBER 2021

Eidgenössische Abstimmungen:

- Volksinitiative vom 7. November 2017 «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»: **Ja**
- Volksinitiative vom 26. August 2019 «Bestimmung der Bundesrichterrinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»: **Nein**
- Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung, Kulturschaffende, Veranstaltungen): **Ja**

Kanton: Auf kantonaler Ebene gelangen keine Vorlagen zur Abstimmung.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach,
5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
16. August 2021
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
18. Oktober 2021
Erscheinen nächste Ausgabe:
1. November 2021

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Sascha Antenen, Silvia Dell'Aquila, Dieter Egli,
Andreas von Gunten, Marco Hardmeier, Julia Hoppe, Roman Hostettler, Katharina Kerr, Ronja Jansen, Marie-Louise Nussbaumer, Arsène Perroud, Claudia Rohrer, Gabriela Suter.

AGENDA

1. September 2021, 19 – 20 Uhr

Ordentliche Bildungsreihe: Sicher und Selbstbewusst! Spontane Statements für Social Media vor der Kamera. Mit: Cybel Dickson (SoMe Leiterin GRW 2020 SP AG)
Zoom-Link auf Anfrage: sekretariat@sp-aargau.ch

2. September 2021, 20 Uhr, online via Zoom

Debattenabend als Grundlage für die Parolenfassung vom 7. September mit Nenad Stojanovic
Zoom-Link auf Anfrage: sekretariat@sp-aargau.ch

7. September 2021, 19 – 21, Alter Gemeindesaal, Lenzburg

Ausserordentlicher Parteitag mit Verabschiedung von Sascha Antenen und Parolenfassung

22. September 2021, 19.30 – 21 Uhr, online via Zoom

Lesezirkel «Gleichstellung – gestern, heute, morgen», 50 Jahre nach dem Frauenstimmrecht
Online-Diskussion zu einem aktuellen Podcast von Isabel Rohrer und Regula Stämpfli (diepodcastin.de). Moderation: Claudia Rohrer
Die Veranstaltungen finden online via Zoom statt. Der Link für das Meeting wird im Vorfeld an alle SP-Mitglieder verschickt. Bist du nicht Mitglied und willst trotzdem teilnehmen, dann melde dich bei sekretariat@sp-aargau.ch.

27. Oktober 2021, 19 – 20 Uhr, online via Zoom

Ordentliche Bildungsreihe: Du im Interview: Schlagfertige Antworten leicht gemacht.
Lesezirkel «Gleichstellung – gestern, heute, morgen». Mit: Pascal Pfister (Grossrat, Präsident SP BS), Zoom-Link auf Anfrage: sekretariat@sp-aargau.ch